

Landkreis Ravensburg

den 18. Jun. 2019

Niederschrift

über die Sitzung des Kreistages

am 28.03.2019 in der Eschachhalle in Obereschach, Kehlstraße 33, 88214 Ravensburg

Dauer 14:30 Uhr bis 19:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 72 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

Erste Landesbeamtin

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Eugen Abler

Herr Elmar Buemann

Herr Roland Bürkle

Herr Rolf Engler

Herr Josef Forderer

Frau Josefine Haberkorn

Herr Rudolf Hämmerle

Herr Wilhelm Heine

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Dr. Ulrich Höflacher

Herr Karl Immler

Herr Thomas Kellenberger

«sitext» vom «sidat»

Herr Wolfgang Kleiner
Herr Clemens Moll
Herr Peter Müller
Herr Axel Müller, MdB
Herr Christian Natterer
Herr Alois Peter
Herr Dr. Daniel Rapp
Herr Volker Restle
Frau Dr. Silke Rieser
Herr Robert Schweizer
Herr Daniel Steiner
Herr Robert Stütze
Herr Roland Weinschenk
Herr Waldemar Westermayer
Herr Josef Wurm

FWV

Herr Karl-Heinz Buschle
Herr Jochen Fischinger
Herr Matthias Grad
Herr Roland Haug
Herr Michael Lang
Herr Holger Lehr
Herr Rainer Magenreuter
Herr Dr. Hermann Schad
Herr Roland Schmidinger
Herr Bernhard Schultes
Herr Peter Smigoc
Herr Oliver Spieß
Frau Christa Stierle

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm
Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf
Herr Gereon Güldenbergl
Frau Liv Pfluger
Herr Bruno Sing
Herr Siegfried Spangenberg

Herr Heinz Strubel
Herr Dr. Ulrich Walz
Herr Martin Weiß
Herr Roland Zintl

SPD

Herr Rudolf Bindig
Herr Peter Clément
Herr Rainer Marquart
Frau Gisela Müller

ÖDP

Herr Julian Aicher
Herr Prof. Dr. Wolfgang Dieing
Herr Max Scharpf
Herr Siegfried Scharpf

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.
Herr Prof. Dr. Bernd Steidle

Die Linke

Herr Dr. Till Bastian
Herr Wolfgang Nippe

Protokollführer

Frau Monika Diem

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon	Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur und Bürgerservice
Herr Franz Baur	Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastruktur
Frau Diana E. Raedler	Dezernentin Arbeit und Jugend
Herr Walter Sieger	Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft und ländlicher Raum
Herr Gerd Hägele	Dezernent Recht, Ordnung und Landwirtschaft

Gäste

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

Herr Wilfried Franke

Regionalverbandsdirektor

Abwesend:

CDU

Herr Dieter Krattenmacher

Herr Hans-Jörg Leonhardt

Herr August Schuler, MdL

FWV

Herr Markus Ewald

Herr Hans Peter Künst

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Judith Gebhardt

Frau Ursula Hilpert

SPD

Herr Anton Frei

Herr Gerhard Lang

Herr Jürgen Rölli

ÖDP

Herr Dr. Wolfgang Schmidt

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. 0034/2019
Ausscheiden von Kreisrätin Judith Gebhardt aus dem Kreistag, Verpflichtung ihres Nachfolgers (Herr Martin Weiß) und Neubesetzung der Ausschüsse
3. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

4. 0052/2019
Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH (PBO) - Aktualisierung des Gesellschaftsvertrags und Finanzierung

Angelegenheiten der Stabsstelle des Landrats

5. 0051/2019
Änderung der Entschädigungssatzung - Erstattung von Reisekosten

Angelegenheiten des Hauptamtes

6. 0050/2019
Änderung der Hauptsatzung - Ausschussstruktur und Zuständigkeiten
7. 0196/2018
Zertifizierung des Landkreises Ravensburg als „Fair-Trade-Landkreis“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

Angelegenheiten des Personalservices

8. 0055/2019
Zusammenfassung von zwei Dienststellen zu einer Dienststelle

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

9. 0002/2019
Anpassung der Geschäftsordnung IKP
10. 0024/2019
Ravensburg, Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier
11. 0046/2019
Bauliche Umsetzung der regionalen Schulentwicklung,
hier: Modernisierung der Werkstätten und Instandsetzung der Sporthalle im be-
rufspraktischen Bereich der Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch
12. 0176/2018
Schulbauprogramm 2020 - 2040

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

13. 0028/2019
Naturschutzbeauftragte - Verlängerung der Bestellung von Herrn Karl-Johannes
Henzler

Mitteilungsvorlagen

14. 0021/2019
Bericht über die Prüfung der Bauausgaben 2014 - 2017 durch die Gemeindeprü-
fungsanstalt
15. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Personalservices

16. 0045/2019
Besoldung im Verwaltungsvorstand - Beförderungen
17. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt und Technik wurden am 19.03.2019 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. 0034/2019

Ausscheiden von Kreisrätin Judith Gebhardt aus dem Kreistag, Verpflichtung ihres Nachfolgers (Herr Martin Weiß) und Neubesetzung der Ausschüsse

Der Vorsitzende begrüßt den nachgerückten KR Weiß und verpflichtet ihn auf sein Ehrenamt.

Beschlussentwurf:

1. Es wird festgestellt, dass bei Frau Judith Gebhardt ein wichtiger Grund für das Ausscheiden aus dem Kreistag gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 8 Landkreisordnung (LKrO) vorliegt. Sie scheidet daher gemäß § 25 Abs. 1 S. 2 LKrO mit sofortiger Wirkung aus dem Kreistag des Landkreises Ravensburg aus.
2. Es wird festgestellt, dass bei Frau Petra Krebs wichtige Gründe für die Ablehnung des Kreistagsmandats gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 2 und 5 LKrO vorliegen.
3. Es wird festgestellt, dass mit Wirkung zum 28. März 2019 Herr Martin Weiß für Frau Judith Gebhardt in den Kreistag nachrückt.
4. Herr Martin Weiß rückt für Frau Judith Gebhardt als Mitglied in den Kultur- und Schulausschuss nach.
5. Herr Martin Weiß rückt für Frau Judith Gebhardt als persönlicher Vertreter von Frau Hildegard Fiegel-Hertrampf in den Sozialausschuss nach.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

3. **Protokoll der vorausgegangenen Sitzung**

Zu dem Protokoll der Sitzung vom 15.01.2018 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Ersten Landesbeamtin

4. 0052/2019

Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH (PBO) - Aktualisierung des Gesellschaftsvertrags und Finanzierung

Der Vorsitzende berichtet, dass das Planungsteam Bodensee-Oberschwaben (PBO) dem Landkreis die Chance eröffne, selbst Bundesfernstraßen zu planen. Er erklärt, dass Regionalverbandsdirektor Wilfried Franke mögliche Fragen am Ende des Tagesordnungspunktes beantworten, aber nicht mitdebattieren werde. Er ergänzt, dass KR Weinschenk nicht befangen sei. Er verweist auf die Tischvorlagen.

KR S. Scharpf spricht sich gegen den Beschlussentwurf aus. Er stellt fest, dass durch den weiteren Bau von Bundesstraßen das Verkehrsaufkommen noch mehr gefördert werde und Grünfläche verbaut werde. Zudem werden zahlreiche heimische Betriebe ihre Kundschaft durch den Bau der Umgehungsstraße verlieren.

KR Dr. Walz spricht sich gegen den Beschlussentwurf aus. Er betont, dass eine „ökologisch nachhaltige und keine billige Lösung“ für den Straßenbau in Bad Waldsee gefunden werden müsse. Er stellt fest, dass es ein unkalkulierbares Großprojekt über zehn Jahre sei. Zudem ist er der Auffassung, dass unter § 2 des Gesellschaftsvertrags der Gesellschaftszweck unzureichend definiert sei und dadurch weitere Großprojekte entstehen könnten. Er betont, dass der Landkreis keine Erfahrungen mit dem Planen von Bundesstraßen habe. Er spricht sich gegen die Anträge der CDU-Fraktion aus.

Der Vorsitzende erklärt, dass sich die Finanzierung der PBO nicht unendlich ausweiten werde.

KR Bindig erklärt, dass der Ausbau der Infrastruktur im Landkreis Ravensburg vorangebracht werden müsse. Er hinterfragt, ob die Gründung einer PBO die effektivste Maßnahme für den Bau von Bundesstraßen sei. Der Bau von Bundesstraßen sei Aufgabe des Bundes. Er stellt fest, dass der Landkreis die Kosten und das Risiko für dieses Projekt tragen werde und die finanzielle Rückerstattung vom Bund in Höhe von lediglich 3,5 % nur ausgezahlt werde, wenn es zu einem Planfeststellungsbeschluss komme. Er ist der Auffassung, dass nicht die Gründung einer PBO sinnvoll sei, sondern ein „Kümmerer“ für das Projekt benötigt werde, der den Vorgang aktiv vorantreibe. Zusätzlich seien nur geringe unvorhersehbare zeitliche Einsparungen beim selbständigen Bau von Bundesstraßen möglich. Das Verkehrsministerium habe mitgeteilt, dass die Planung des Molldieter-Tunnels im Jahr 2019 und der Lückenschluss der B 30 zwischen Baidt und Bad Waldsee im Jahr 2022 begonnen werden sollen. Er stellt fest, dass die Kostenberechnung des Projekts auf Basis des Jahres 2014 erfolgt sei. Die Finanzierung sei daher zu gering angesetzt. Zudem müsste man beim Straßenbau mit einer Kostensteigerung von 4 % im Jahr rechnen. Er ist der Auffassung, dass der Kreistag und nicht die Stadt Bad Waldsee über die Gründung der PBO entscheiden müsse. Die Beteiligung der Stadt Bad Waldsee von 200.000 € sei ausreichend. Er erklärt, dass lediglich der Kreis Sigmaringen von der Gründung der PBO profitiere, da die dort gelegenen Vorhaben in der Priorisierung von Bundesstraßen nicht aufgenommen wurden.

KR Restle erklärt, dass eine zeitnahe Umsetzung der Straßenbauprojekte aufgrund des Personalmangels beim Land auszuschließen sei. Dabei betont er, dass der Bau der B30 eine wichtige Nord-Süd-Straßenverbindung darstelle. Es sei notwendig, dass der Landkreis den Straßenbau durch die Gründung der PBO unterstütze, um den künftigen Wohlstand im Landkreis voranzutreiben. Er erinnert daran, dass zahlreiche Firmen bei der IHK-Umfrage die bauliche Erschließung von Straßen als Mängel aufgeführt haben. Er betont, dass die B30 bereits vor 30 Jahren hätte gebaut werden sollen. Ebenso müssen auch die Belange der Bürgerinnen und Bürger vor Ort berücksichtigt werden. Der Bau von Straßen sei für die ortsansässigen Bürger notwendig. Er begründet die Anträge der CDU-Fraktion.

KR Spieß bittet, nach der Debatte die Sitzung für interne Fraktionsberatung zu unterbrechen. Er stellt fest, dass mit der Gründung der PBO die Zeiteinsparnisse für den Bau der Bundesstraßen nicht vorhersehbar seien. Er ergänzt, dass für die PBO Projektplaner und nicht Straßenplaner gesucht werden. Durch einen „Kümmerer“ sei die

Präsenz ebenfalls gewährleistet. Er führt aus, dass man auf den Rechtsstaat stolz sei und lediglich Zweifel an dem zeitnahen Bau von Bundesstraßen habe. Auf der anderen Seite stellt er fest, dass der Landkreis durch die zeitnahe Planung von Bundesstraßen den Kostensteigerungen entgegenwirken könne. Er zeigt auf, dass der Bund und das Land ebenfalls das Risiko für den Bau der Südbahn getragen haben. Er ist der Auffassung, dass aufgrund des Bevölkerungszuwachses neue Straßen gebaut werden müssen. Der Kreistag müsse nun über die Gründung der PBO entscheiden. Die Höhe der Beteiligung der Stadt Bad Waldsee sei in Ordnung, da nicht nur diese vom Straßenbau profitiere. Er erkundigt sich, ob eine finanzielle Unterstützung von Firmen für den Ausbau der Infrastruktur vorgesehen sei.

KR Gallasch betont, dass dem Landkreis nun die Chance eröffnet werde, Bundesstraßen zu planen. Er fordert, dem Beschlussentwurf zuzustimmen. Das Bundesland Bayern plane im Gegensatz zu Baden-Württemberg stets zügig neue Straßen.

KR A. Müller spricht sich für den Beschlussentwurf aus und lobt die Verwaltung für die Ausarbeitung. Er betont, dass es sich nicht nur um eine Ortsumfahrung, sondern um einen Lückenschluss handele mit überregionaler Bedeutung. Am Beispiel des Projekts „Südbahn“ sei erkennbar, dass man durch Eigeninitiative viel erreichen könne. Er appelliert, sich für die Infrastruktur in dieser Region einzusetzen. Der Bund setze sich auch für Landesaufgaben, wie beispielsweise der Digitalisierung von Schulen ein. Durch die Gründung der PBO habe man quasi einen „Kümmerer“ geschaffen. Er erklärt, dass der Landkreis die Baukostensteigerung von 4 % nicht tragen müsse, da der Bund den Straßenbau finanziere. Er lobt die Unterstützung des Gemeinderats der Stadt Bad Waldsee. Er stellt fest, dass durch die Gründung der PBO auch zahlreiche Kommunen durch die künftige Planung von Radwegen profitieren könnten.

KR Schmidinger bekräftigt, dass der Bau von Bundesstraßen aktiv vorangetrieben werden müsse. Das Land könne die Aufgabe aufgrund von Personalmangel nicht zeitnah übernehmen. Er bittet die Mitglieder des Kreistags dem Beschlussentwurf zuzustimmen.

KR Weinschenk betont, dass der Bau der B30 ein dringliches Projekt für die Stadt darstelle. Der Kreistag müsse nun ein klares Bekenntnis zur Gründung der PBO abgeben. Er spricht sich für den Beschlussentwurf aus.

KR Spangenberg spricht sich gegen den Beschlussentwurf aus. Das Projekt bringe hohe Risiken mit sich. Zudem sei es Bundesaufgabe, die Straße zu planen.

KR Sing spricht sich ebenfalls gegen den Beschlussentwurf aus. Der Landkreis solle bevorzugt den öffentlichen Nahverkehr fördern und eine Wohnbaugesellschaft gründen.

KR Dr. Schad stellt fest, dass der Bau der B30 notwendig sei. Dennoch bemängelt er die vorhandenen Risiken bei dem Projekt. Er erkundigt sich, ob eine höhere finanzielle Unterstützung beim Land angefordert werden könne. Er hinterfragt, ob die finanziellen Mittel auch langfristig von der Gesellschaft getragen werden könne.

Herr Franke erklärt, dass das Land zunächst eine Maßnahme nach der anderen umsetzen möchte. Von zwölf Straßenbauprojekten der Region seien nun zwei Baumaßnahmen im Bodenseekreis in der Umsetzung. Daher werde der Bodenseekreis wahrscheinlich nicht in der PBO einsteigen. Die Straßenbaumaßnahme in Sigmaringen seien hingegen nicht in die Priorisierung mit aufgenommen worden. Das Land habe noch über 200 Personalstellen für die Planung von Straßen zu besetzen. Er zeigt am Beispiel der Südbahn sowie der Bodensee-Oberschwabenbahn auf, dass bei einer guten Planung eine zeitnahe Umsetzung erfolge. Er berichtet, dass sich die IHK mit etwa 50.000 € pro Jahr beteiligen werde. Er fasst zusammen, dass die Umsetzung der B 30 ungewiss sei, wenn der Landkreis nicht handeln werde. Der Landkreis sollte sich um die Planung der Bundesstraßen kümmern.

Der Vorsitzende betont, dass das Projekt nur mit einer echten Risikopartnerschaft gelingen könne. Daher müsse eine dynamische Beteiligung auf Seiten der Stadt Bad Waldsee gegeben sein.

KR Dr. Walz ist der Meinung, dass der Straßenbau den Wohlstand der Region fördere. Man müsse sich nun detailliert mit dem Thema auseinandersetzen. Er stellt in Frage, ob die Gründung der PBO die richtige Lösung sei.

KR Natterer plädiert für die Gründung der PBO. Er berichtet, dass das Land seit März freie Personalstellen für die Straßenplanung zu besetzen habe. Zusätzlich könne man durch die Gründung der PBO ein höheres Gehalt festlegen und dadurch effektiver Personal gewinnen.

KR M. Lang berichtet, dass große Infrastrukturprojekte nicht zeitnah vom Land umgesetzt werden. Er erkundigt sich, ob die PBO langfristig finanziert werden könne. Zudem möchte er wissen, ob der Landkreis die künftige Finanzierung der PBO über die Erhöhung der Kreisumlage holen könne, ohne dass die Kommunen speziell zustimmen. Er fragt, wie die PBO personell ausgestattet werden solle und ob der Landkreis im Falle des Scheiterns aus der PBO aussteigen könne.

Frau Meschenmoser antwortet, dass drei Fachleute eingestellt werden sollen.

Herr Baur berichtet, dass die Finanzierung auf Dauer leistbar sein werde. Die Entscheidung über die Erhöhung der Kreisumlage liege beim Kreistag und nicht bei den Kommunen. Er fügt hinzu, dass die PBO gegründet werden könne, da die „Wirtschaftsförderung“ der Gesellschaftszweck sei. Er erklärt, dass es keine Kündigungsmöglichkeiten gebe, da das Projekt, wenn es begonnen werde, zwangsweise auch fertig gestellt werden müsse.

KR S. Scharpf ist dagegen, dass der Landkreis finanzielle Mittel für Bundesaufgaben ausgabe.

KR Schultes fasst zusammen, dass die Stadt Bad Waldsee mit großer Mehrheit für das Projekt gestimmt habe. Er bedauert, dass das Projekt nur daran scheitern könnte, weil die Stadt Bad Waldsee sich nicht dynamisch mit 26 % beteilige.

Der Vorsitzende erklärt, dass sich die Stadt in erster Linie dynamisch beteiligen solle, die Höhe von 26 % sei nicht in Stein gemeißelt. Er persönlich halte auch 20 % für vorstellbar.

KR Bindig lobt die konstruktive Diskussion. Er argumentiert gegen den Beschlussentwurf. Er spricht sich zwar für den generellen Straßenbau aus, aber nicht durch die Gründung einer PBO, sondern durch die Beauftragung eines „Kümmers“. Sollte das Land im Jahr 2022 nicht mit dem Straßenbau beginnen, dann sollte der Landkreis aktiv tätig werden.

KRin Fiegel-Hertrampf schlägt vor, zuerst eine Umfrage bezüglich der Pendlerströme im Landkreis durchzuführen, bevor eine Entscheidung im Kreistag getroffen werde.

Die Sitzung wird für Fraktionsberatungen unterbrochen.

KRin Pfluger stellt einen Antrag auf geheime Abstimmung.

KR Restle fordert aus Gründen der Transparenz eine offene Abstimmung.

Geschäftsordnungsantrag von KRin Pfluger: Die Abstimmung erfolgt in geheimer Wahl.

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (bei 21 Ja-Stimmen und 37 Gegenstimmen).

Alternativ Antrag der SPD (Anlage 6 zu 0052/2019):

Beratungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt (bei 22 Ja-Stimmen, 33 Gegenstimmen und einer Enthaltung).

Beschlussentwurf gem. der Sitzungsvorlage **0052/2019:**

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 35 Ja-Stimmen, 21 Gegenstimmen und drei Enthaltungen).

Ergänzungsantrag der CDU (Anlage 8 zu 0052/2019):

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 35 Ja-Stimmen, 21 Gegenstimmen und drei Enthaltungen).

Auf die Frage von KR Spieß antwortet der Vorsitzende, dass die PBO im Falle der Beschlussfassung zu Nr. 9 (Anlage 10 zu 0052/2019) nur dann gegründet werde, wenn auch die Stadt Bad Waldsee dem CDU-Antrag zustimme.

Ergänzungsantrag der CDU (Anlage 10 zu 0052/2019):

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen (bei 33 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen und einer Enthaltung).

Beschlussentwurf der Vorlage 0052/2019 in der Fassung der soeben erfolgten Beschlüsse:

1. Dem überarbeiteten Gesellschaftsvertrag der „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH“ (vgl. Anlage 1) wird zugestimmt und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt.
2. Dem bilateralen Vertrag zwischen dem Landkreis Ravensburg und dem Landkreis Sigmaringen (vgl. Anlage 2) (u.a. über die Ausübung des Stimmrechts zu den dort

geregelten Fragen in der Gesellschafterversammlung und über die Finanzierung der Gesellschaft) wird zugestimmt.

3. Sollte der Bodenseekreis im Nachgang zur Gründung der Gesellschaft seinen Beitritt zu dieser erklären, wird die Verwaltung ermächtigt, den dadurch notwendigen Änderungen des Gesellschaftsvertrages in der Gesellschafterversammlung zuzustimmen sowie den bilateralen Vertrag zwischen den Landkreisen entsprechend zu erweitern.

4. Sollten sich im Nachgang zur Beschlussfassung aus der Abstimmung mit der Kommunalaufsicht oder dem Finanzamt noch Änderungsbedarfe an den Verträgen ergeben, so sind diese Änderungen von der Zustimmung unter Ziff. 1 und Ziff. 2 umfasst.

5. Für die im Haushaltsjahr 2018 veranschlagten und bislang nicht verbrauchten Mittel i.H.v 1 Mio. € wird eine Rückstellung gebildet.

6. Der Mittelabfluss aus dem Haushalt des Landkreises Ravensburg für die PBO wird auf jährlich max. 2 Mio. Euro gedeckelt.

7. Die Verwaltung prüft bis Ende des Jahres 2019 ob und unter welchen Voraussetzungen eine weitere Gesellschaft zur Planung von Landes- und Kreisstraßenprojekten sowie Radwegen der Städte und Gemeinden im Landkreis gegründet werden kann.

8. Der Kreistag des Landkreises Ravensburg fordert den Landesverkehrsminister auf, den Anwendungsbereich der Verwaltungsvorschrift des Verkehrsministeriums über die Finanzierung der Planung und des Baus von Landes- und Bundesstraßen (VwV Finanzierungsbeitrag Straßen) dahingehen zu ändern, dass Radwege und Radschnellverbindungen wie die Bundes- und Landesstraßen auch durch Dritte geplant werden können.

9. Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung, den nötigen Finanzierungsvertrag mit der Stadt Bad Waldsee mit folgender Maßgabe abzuschließen:

- Die Stadt Bad Waldsee beteiligt sich dynamisch an 26 Prozent der Kosten.
- Die Stadt Bad Waldsee beteiligt sich zusätzlich dynamisch an 26 Prozent der Vorfinanzierung.

Die PBO wird gegründet, falls bei der nächsten Gemeinderatssitzung in Bad Waldsee eine Einigung in diesem Sinne zustande kommt.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** beschlossen (bei 32 Ja-Stimmen und 23 Gegenstimmen).

Auf die Frage von KR Spangenberg berichtet der Vorsitzende, dass bei der IHK

nachgefragt werde, ob sich diese beim Bau von Straßen mit etwa 50.000 € pro Jahr beteiligen werden.

Angelegenheiten der Stabsstelle des Landrats

5. 0051/2019

Änderung der Entschädigungssatzung - Erstattung von Reisekosten

Beschlussentwurf:

Der in Anlage 3 dargestellten Änderungssatzung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Hauptamtes

6. 0050/2019

Änderung der Hauptsatzung - Ausschussstruktur und Zuständigkeiten

Beschlussentwurf:

Der in Anlage 3 dargestellten Änderungssatzung wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

7. 0196/2018

Zertifizierung des Landkreises Ravensburg als „Fair-Trade-Landkreis“ - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 07.12.2018

Der Vorsitzende verweist auf die Zu-Vorlage 0196/2018/1.

KR Sing ist der Meinung, dass an erster Stelle regionale Produkte sowie Bioprodukte stehen und alle weiteren Produkte aus fairem Handel beschaffen werden sollten.

Beschlussentwurf der Zu-Vorlage 0196/2018/1:

Der Landkreis Ravensburg wird Teil der Kampagne des gemeinnützigen Vereins TransFair und strebt den Titel „Fairtrade-Landkreis“ an. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Steuerungsgruppe zu gründen und die Erfüllung der fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne auszuführen.

Bei allen Sitzungen der Ausschüsse und des Kreistages im eigenen Haus sowie im Büro des Landrats wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel verwendet. Da die Bewirtung nicht bei jeder Sitzung in der Hand der Verwaltung liegt, kompensiert der Landkreis dies mit der Verwendung von fair gehandelten Produkten bei Veranstaltungen und sonstigen Anlässen und Gelegenheiten, z.B. bei der Überreichung von Präsentkörben.

Um den Prozess innerhalb der Verwaltung „Bottom-up“ zu gestalten, soll das Thema unter Einbeziehung des Personalrats offen für alle Mitarbeiter angestoßen werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Angelegenheiten des Personalservices

8. 0055/2019

Zusammenfassung von zwei Dienststellen zu einer Dienststelle

Herr Simon berichtet, dass sich der Eigenbetrieb IKP bei der ersten Abstimmung mit deutlicher Mehrheit für eine gemeinsame Personalvertretung ausgesprochen habe. Ebenso haben die Mitarbeiter der Dienststelle Landratsamt Ravensburg mit 846 Ja-Stimmen und nur 27 Nein-Stimmen für eine gemeinsame Personalvertretung abgestimmt.

Beschlussentwurf:

Die Dienststelle „Landratsamt“ und die Dienststelle „Eigenbetrieb IKP“ werden zu einer Dienststelle im Sinne des Landespersonalvertretungsgesetzes zusammengefasst.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.vom Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

9. 0002/2019

Anpassung der Geschäftsordnung IKP

Beschlussentwurf:

Der aktualisierten Geschäftsordnung des Eigenbetriebs IKP wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

10. 0024/2019

Ravensburg, Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier

Beschlussentwurf:

Die Umsetzung des Projekts „Energieversorgung Schul- und Verwaltungsquartier Ravensburg“ erfolgt entsprechend der Alternative 2 „Beauftragung eines Generalplaner und die Bauausführung durch einen Generalübernehmer“.

Die Verwaltung wird beauftragt, dazu den Generalplanervertrag entsprechend den Vergaberichtlinien EU-weit auszuschreiben.

Das Ende der Projektlaufzeit wird auf Ende Dezember 2022 neu terminiert.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

11. 0046/2019

**Bauliche Umsetzung der regionalen Schulentwicklung,
hier: Modernisierung der Werkstätten und Instandsetzung der Sporthalle im
berufspraktischen Bereich der Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch**

Beschlussentwurf:

- a.) Der Etappierungsschritt 2 zur Modernisierung der Werkstätten mit der Bau-, Fahrzeugtechnik- und Elektro-Werkstatt mit Implementierung Industrie 4.0 wird umgesetzt. Das Projektbudget wird auf 4,35 Mio. € festgesetzt.

- b.) Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung der Teilsanierung der Sporthalle auf der Grundlage der in Ziffer 2 b) dargestellten Inhalte weiter voranzutreiben und die Kosten dafür zu ermitteln. Mit Stand Entwurfsplanung ist die Bau-
maßnahme den Gremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

12. 0176/2018

Schulbauprogramm 2020 - 2040

Herr Baur führt in die Thematik ein.

KR M. Scharpf spricht sich für die kurzfristigen und mittelfristigen Schulbaumaßnahmen aus. Die langfristigen Baumaßnahmen lehnt er ab, da sich in 20 Jahren die pädagogischen sowie baulichen Maßnahmen stark verändern werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein langfristiger Maßnahmenkatalog für das Großprojekt notwendig sei. Bei erheblichen Veränderungen könne der Maßnahmenkatalog angepasst und die Planung verändert werden.

Beschlussentwurf gem. der Zu-Vorlage 0176/2018/1 :

Das Schulbauprogramm 2020-2040 soll grundsätzlich entsprechend der Priorisierung der Maßnahmenliste umgesetzt werden. Die Verwaltung wird dazu beauftragt,

a. für die in der Priorität 0 - vordringlichen Bedarf und den bereits fest disponierten Projekten - aufgeführten Einzelmaßnahmen Nr. 2,0 bis **4,0** die Planungen **stufenweise** voranzutreiben und den Gremien zur weiteren Beratung vorzustellen.

b. für die in der Priorität 0 - vordringlichen Bedarf und den bereits fest disponierten Projekten - aufgeführten Einzelmaßnahmen Nr. 5,0 bis 13,0 die Planung und Umsetzung in eigener Zuständigkeit im Rahmen der im Maßnahmenkatalog abgebildeten Budgets und in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellten Kosten voranzutreiben.

c. für die in der Priorität 0 enthaltene Zielplanung für die beruflichen Schulen in Ravensburg das Vergabeverfahren und die Beauftragung der notwendigen Planungsleistungen durchzuführen. Die Zielplanung soll bis zum Frühjahr 2020 erarbeitet werden. In den zuständigen Gremien ist über den Arbeitsstand der Zielplanung im 3. Quartal 2019 zu berichten und ggf. über Weichenstellungen zu beraten und zu entscheiden.

d. zu prüfen, welche Flächen im unmittelbaren Umfeld des Schulareals in Ravensburg zur Reduzierung des derzeit bestehenden Flächendefizits geeignet wären und ob/zu welchen Konditionen diese verfügbar wären und freigemacht werden könnten.

e. zu prüfen, durch welche organisatorischen Maßnahmen der Edith-Stein-Schule das Flächendefizit der Schule reduziert werden kann.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Angelegenheiten des Bau- und Umweltamtes

13. 0028/2019

Naturschutzbeauftragte - Verlängerung der Bestellung von Herrn Karl-Johannes Henzler

Beschlussentwurf:

Die Amtszeit des Naturschutzbeauftragten Herr Karl-Johannes Henzler wird um 5 Jahre bis zum 31.05.2024 verlängert.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

14. 0021/2019

Bericht über die Prüfung der Bauausgaben 2014 - 2017 durch die Gemeindeprüfungsanstalt

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

15. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Kreisbroschüre:

Der Vorsitzende stellt die neue Kreisbroschüre des Landkreises Ravensburg vor. Diese wird als Tischvorlage ausgeteilt.

Anfrage zum KFZ-Kennzeichen:

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Kfz-Anfrage der Fraktionen der CDU, Freie Wähler, Grüne und SPD zum Thema „Wiedereinführung von alten Kfz-Kennzeichen im Landkreis Ravensburg“ eingegangen sei und nach deren Wunsch in der Herbst-Sitzung des neuen Kreistages behandelt werden solle.

KR S. Scharpf bedauert, dass das Thema erst nach den Kommunalwahlen behandelt werden solle.

KR Restle erklärt, dass vorab geprüft werden müsse, ob nicht nur das Wangener-Kennzeichen, sondern auch weitere Kennzeichen im Landkreis Ravensburg eingeführt werden sollen.

Polizeiposten in Vogt und Bad Waldsee:

KR Schmidinger habe gehört, dass die Polizeiposten in Vogt und Bad Waldsee nicht mit Glasfasern ausgestattet werden sollen. Zudem bittet er, mit dem Land Kontakt aufzunehmen, ob diese Polizeiposten künftig geschlossen werden sollen.

Frau Meschenmoser berichtet, dass ihrem Wissen nach nicht geplant sei, im Polizeipräsidium Ravensburg ein Polizeiposten zu schließen. Sie werde dieser Frage dennoch nachgehen. Über die Glasfaserausstattung in Vogt und Bad Waldsee könne sie leider keine Auskunft geben.

Eine nichtöffentliche Sitzung schließt sich an.

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Monika Diem

Kreisräte

Oliver Spieß

Volker Restle